



**Antworten der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)  
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)  
auf die Fragen des Bundesverbandes der Regionalbewegung e.V.  
7. August 2017**

**Mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl sind daher folgende Aspekte für uns von Interesse:**

- 1. Welche Wege und Möglichkeiten sieht Ihre Partei, um regionale Wertschöpfungsketten zu stärken und eine wohnortnahe Nahversorgung zu gewährleisten?**

**Antwort**

Deutschland ist ein Land mit großer Vielfalt. Diese Vielfalt ist ein wahrer Schatz, den wir erhalten und mehren wollen. Das setzt gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland voraus. Dafür wollen wir insbesondere die ländlichen Räume fördern und stärken.

In den kommenden vier Jahren werden wir durch eine „Offensive Ländlicher Raum“ die Voraussetzungen für eine gute Entwicklung in allen Regionen schaffen. Dabei setzen wir auch und gerade auf regionale Wertschöpfungsketten. Sie sind besonders wichtig für die Wirtschaftskraft der ländlichen Räume und für die Entwicklung der Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, um jenseits von Wachsen und Weichen eine Perspektive aufzubauen. Das örtliche Handwerk, die Dienstleister und vor allem die Gastronomie- und Tourismuswirtschaft – aber auch der Naturschutz – bieten sich als ideale Kooperationspartner an.

In der starken Nachfrage nach regionalen und mit besonderen Standards erzeugten Lebensmitteln liegen viele Chancen. Wir schaffen die Voraussetzungen, um den Verbrauchern mehr Angebote in Sachen Nachhaltigkeit, Tierwohl und Regionalität zu machen. Dazu zählen die Einführung eines freiwilligen Tierwohllabels und die Unterstützung von entsprechenden Initiativen der Wirtschaft und von Erzeugerzusammenschlüssen. Entscheidend ist dabei, dass die Unternehmen der Land- und Ernährungswirtschaft – auch die Genossenschaften – durch Innovation, Differenzierung und intelligente Produktstrategien neue Absatzchancen im Blick haben und konsequent nutzen. Das werden wir mit unserer Wirtschaftsförderung für die Regionen unterstützen und dafür die bestehenden Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ und „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ mit besonderem Fokus auf den ländlichen Raum weiterentwickeln.

Die rasante Entwicklung von Digitalisierung und Kommunikation macht es einfacher, regionale Wertschöpfungsketten zu organisieren oder sie darauf sogar zu gründen. Deshalb wollen wir die Plattform-Ökonomie und Big-Data-Anwendungen auch im ländlichen Raum fördern. Es besteht ein Bedarf an regional organisierten und sicheren Plattformen für Wertschöpfungsketten und Daseinsvorsorge, wie z. B. für den öffentlichen Nahverkehr mit Schnittstellen für alle Anbieter/Teilnehmer, für die Organisation der Kinderbetreuung und Altenpflege durch die Verschränkung ehrenamtlicher Arbeit mit hauptamtlichen Trägern oder auch für regionale Crowdfunding und – investing Projekte. Regionale Plattformen können am besten von Anbietern vor Ort oder als ÖPP-Projekte ausgestaltet werden. Innovative Modellvorhaben zur Digitalisierung können z. B. aus dem Bundesprogramm ländliche Räume (BULE) gefördert werden, das unser Bundeslandwirtschaftsminister in den letzten Jahren aufgebaut hat und das wir noch verstärken wollen.

Zwingend erforderlich ist die flächendeckende Verfügbarkeit von schnellem Breitband und schnellen Mobilfunkverbindungen. CDU und CSU werden deshalb für superschnelles Internet in allen Regionen sorgen. 2018 erreichen wir das Ziel von 50 Megabit pro Sekunde und bis 2025 werden wir den flächendeckenden Ausbau modernster Glasfasernetze und des neuesten Mobilfunkstandards 5G zum Abschluss gebracht haben.

**2. Wie können gesetzliche Rahmenbedingungen und Vorschriften so gestaltet werden, dass regional agierende Akteure und deren Bedürfnisse stärker berücksichtigt bzw. klein- und mittelständische Strukturen gestärkt werden?**

**Antwort**

Wir wollen die Mitte unserer Gesellschaft und den Zusammenhalt in unserem Land stärken. Deswegen ist uns die Unterstützung regionaler sowie klein- und mittelständischer Potenziale ein wichtiges Anliegen. Gerade für - regional oft fest verwurzelte – mittelständische Unternehmer, Handwerker, Landwirte und ehrenamtlich Engagierte sind überbordende bürokratische Anforderungen eine ernste Erschwernis. Wir brauchen deshalb eine neue Gesetzgebungs- und Verwaltungskultur, bei der die Vermeidung oder Begrenzung neuer Regelungen im Vordergrund steht. Bei neuen

Gesetzgebungsvorhaben soll deshalb – soweit vertretbar – auf Kontrolle und Regulierung verzichtet werden, bis eine Notwendigkeit dafür eindeutig nachgewiesen ist. Das stärkt ganz unmittelbar kleine und mittelständische Strukturen. Auch im Rahmen der EU-Agrarpolitik wollen wir den bürokratischen Aufwand für Verwaltung und Betriebe reduzieren. Wir brauchen mehr Ausnahmeregelungen für kleine Betriebe und müssen Mehrfachkontrollen verhindern. Um Handwerksbetriebe bei der Umsetzung von Hygieneanforderungen zu unterstützen, setzen wir uns für die Erhöhung der Investitionszuschüssen für Kleinst-, kleine und mittlere Verarbeitungsunternehmen vor allem im Ökobereich im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sowie für eine bessere Information über einfache und effiziente Umsetzungsmöglichkeiten ein.

**3. Welche Chancen sehen Sie in regionalen Kreisläufen für die internationale Wirtschaftspolitik bzw. die deutschen Strategien in der Entwicklungszusammenarbeit?**

**Antwort**

In dem Aufbau regionaler Kreisläufe und von Wertschöpfungsketten sehen wir einen Schlüssel für die ländliche Entwicklung weltweit. Hierauf liegt deshalb auch einer der Schwerpunkte der Entwicklungspolitik der unionsgeführten Bundesregierung. Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sind wieder in den Fokus gerückt seit die Union das Ressort für wirtschaftliche Zusammenarbeit besetzt. Dabei setzen wir z. B. auf Partnerschaftsprojekte zum Know-How-Transfer, Bildung und Ausbildung der Menschen vor Ort, die Entwicklung angepasster technischer Lösungen, den Aufbau von Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen - vielfach genossenschaftlich organisiert - sowie den Ausbau der ländlichen Infrastruktur. So wollen wir wirtschaftliche Chancen und Zukunfts- und Bleibeperspektiven für die Menschen – gerade auch den Kleinbauern – in ihren Heimatländern eröffnen.

Deutschland hat seine Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit seit 2005 von 3,9 Mrd. Euro auf 8,5 Mrd. Euro mehr als verdoppelt. Unsere besonderen Bemühungen gelten dem Kontinent Afrika. Viele afrikanische Länder gehören zu den ärmsten der Welt. Überbevölkerung und Korruption machen oftmals alle Anstrengungen zur Besserung der Lage wieder zunichte. Afrika benötigt Hilfe gegen Hunger, Unterstüt-

zung für berufliche Bildung, insbesondere von Frauen, Schutz gegen Klimawandel, für den Aufbau von Rechtstaatlichkeit und Sicherheit und vieles mehr. Unser Ziel ist es insbesondere, dass das Recht auf Nahrung für alle Menschen Realität wird. Der Schlüssel ist die Stärkung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume weltweit. Dabei gilt es, die erforderliche Steigerung der Nahrungsmittelproduktion umweltfreundlich und ressourcenschonend zu erreichen und dabei auch die wirtschaftliche Lage von regionalen Herstellern und Verbrauchern in den Entwicklungsländern zu verbessern.

Die Bundesregierung hat die Initiative zu einem „Compact“ mit Afrika im Rahmen ihrer G20-Präsidentschaft ergriffen. CDU und CSU schlagen einen Marshall-Plan mit Afrika vor. Ein solcher moderner Marshall Plan des 21. Jahrhunderts soll die Empfänger in Afrika zu eigenverantwortlichem unternehmerischen Handeln befähigen. Gemeinsam mit der Afrikanischen Union wollen wir erreichen, dass eine neue mittelständische Kultur der Selbstständigkeit entsteht.

#### **4. Wie steht Ihre Partei zum Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft?**

##### **Antwort**

Die Deutschen lehnen grüne Gentechnik mehrheitlich ab. Dem wollen wir mit der Umsetzung des nationalen Anbauverbotes Rechnung tragen. Forschungsanbau muss aber möglich bleiben. Wir brauchen mit Blick auf die weltweite Nutzung der Gentechnik Kompetenzen für eine eigene Bewertung von Chancen und Risiken.

#### **5. Wie kann aus Ihrer Sicht eine unabhängige Agrarforschung gewährleistet werden?**

##### **Antwort**

Deutschland verfügt über eine leistungsstarke öffentliche und unabhängige Agrarforschung an Hochschulen und in den Ressortforschungseinrichtungen des Bundes (Julius Kühn-Institut JKI, Friedrich-Loeffler-Institut FLI, Max Rubner-Institut MRI, Thünen-Institut TI, Biomasseforschungszentrum, Bundesinstitut für Risikobewertung BfR, Bundesamt für Verbraucherschutz BVL) sowie an den gemeinsam von Bund und Ländern finanzierten Forschungseinrichtungen der Max-Planck- und Fraunhofer-

Gesellschaft sowie der Helmholtz- und vor allem der Leibniz-Gemeinschaft. Expertise gibt es auch in den beiden nationalen Akademien Leopoldina und acatech und in den Akademien und Instituten der Länder.

Die unionsgeführte Bundesregierung hat die Agrar- und Ernährungsforschung sowie die Forschung zum gesundheitlichen Verbraucherschutz kontinuierlich ausgebaut. Die Ressortforschungseinrichtungen des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft sind heute international wettbewerbsfähig aufgestellt. Agrar- und Ernährungsforschung sind wichtige Aspekte der von der Bundesregierung seit 2005 verfolgten Hightech-Strategie und des EU-Forschungsrahmenprogramms Horizon 2020. Die Forschung für den Ökolandbau fördern wir mit dem Bundesprogramm BÖLN in besonderer Weise.

Damit die Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung schnell in der Praxis ankommen, lässt die Bundesregierung Modell- und Demonstrationsvorhaben durchführen. In der neuen Legislaturperiode werden wir zudem einen Innovationsfonds für Landwirte auflegen.

Wir werden unsere Innovationsoffensive Agrarwirtschaft und Ernährung fortsetzen und dafür die Forschung institutionell wie auch in Projekten weiter verlässlich fördern. Wir setzen uns für entsprechende Schwerpunkte bei der Fortschreibung und Weiterentwicklung der Hightech-Strategie und der EU-Forschungsprogramme ein. Wir werden dabei auf eine stärkere Vernetzung und strategische Ausrichtung der Agrarforschung hinwirken. Ein wichtiges Ziel bleibt die Verbesserung der Praxisrelevanz der geförderten Forschungsprojekte. Den Wissenstransfer in die Praxis werden wir noch ausbauen. Dabei wollen wir, dass im Sinne einer echten Innovationsoffensive alle in der Wertschöpfungskette Beteiligten eingebunden und mit der Forschung vernetzt werden.

Wir setzen auf eine breite Themenpalette, die die Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit vor allem unserer bäuerlichen Betriebe im konventionellen wie ökologischen Landbau stärkt, die Umwelt-, Klima- und Tierschutz verbessert, Tierkrankheiten und Zoonosen verhindert, einen Beitrag zur Welternährung leistet, innovative Entwicklungen bei nachwachsenden Rohstoffen und Bioenergie fördert, die Lebens-

mittelsicherheit verbessert und valide Erkenntnisse für eine gesunde Ernährung liefert.

**6. Welche gesetzlichen Schritte braucht es aus Ihrer Sicht, dass zukünftig bei öffentlichen Ausschreibungen der Aspekt einer regionalen Versorgung rechtsverbindlicher Bestandteil sein kann?**

**Antwort**

Seit Verabschiedung des Vergaberechtsmodernisierungsgesetzes im Dezember 2015 ist es möglich, sog. strategische Ziele in den Vergabeauftrag zu integrieren. Gemäß § 97 Absatz 3 und § 127 GWB werden bei der Vergabe Aspekte der Qualität und der Innovation sowie soziale und umweltbezogene Aspekte berücksichtigt. Ein „regionaler Bezug“ kann nach aktueller Gesetzeslage also durchaus in einen Vergabeauftrag integriert werden. Voraussetzung ist dabei jedoch immer, dass ein direkter (also sachlich nachweisbarer) Auftragsbezug hergestellt wird. Auch muss die Möglichkeit eines wirksamen Wettbewerbs gewährleistet werden.

**7. Wie kann bzw. muss aus Sicht Ihrer Partei eine glaubwürdige Kennzeichnung regionaler Lebensmittel aussehen?**

**Antwort**

Die Verbraucher interessieren sich immer stärker dafür, wie ihre Lebensmittel erzeugt werden und wo sie herkommen. Viele Menschen möchten Lebensmittel vor allem aus der eigenen Region kaufen. Dem haben wir bereits mit der Einführung des „Regionalfensters“ Rechnung getragen, mit dem gekennzeichnet werden kann, woher die einzelnen Anteile der Lebensmittel stammen. Nach den Kriterien müssen die Hauptzutat und die wertgebende Zutat des Lebensmittels zu einhundert Prozent aus der angegebenen Region stammen. Das „Regionalfenster“ ist auf Erfolgskurs: Derzeit sind schon rund 4.000 Produkte registriert – bei wachsender Nachfrage. Wir wollen diese Kennzeichnung noch bekannter machen und wollen zudem auch die Regional- und Herkunftskennzeichnung insgesamt ausbauen.

Verpflichtend ist die Herkunftsangabe bereits bei Obst und Gemüse, bei unverarbeitetem und unverpacktem Fleisch. Wir setzen uns auf EU-Ebene für die Ausweitung

der verpflichtenden Herkunftskennzeichnung ein. Zudem wollen wir Standards für Regionalsiegel, denn die Anzahl der schon existierenden Siegel ist groß und die Kriterien sind unterschiedlich. Für die Verbraucher soll es übersichtlicher werden.

**8. Sehen Sie die Notwendigkeit zur Schaffung eines eigenen Bundesprogramms zur Förderung der Regionalvermarktung? Wenn ja, wie soll dieses ausgestaltet werden?**

**Antwort**

Wir werden die Bildung von Regionalmarken weiter fördern, denn sie bieten Landwirtschaft, Tourismus und den handwerklichen Lebensmittelbetrieben (Bäckereien, Metzgereien, Käsereien usw.) gleichermaßen gute Chancen. Das wollen wir mit einer bundesweiten Kampagne für regionale Erzeugnisse und Einkaufsmöglichkeiten verbinden.